

FÖRDERUNGSRICHTLINIEN
„WINTERBAUOFFENSIVE 2017“
DES LANDES STEIERMARK
beschlossen durch die Stmk. Landesregierung
am 15.09.2016

Zielsetzungen

- Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit in der Steiermark (Arbeitsplatzwirksamkeit des Projektes im Bauhaupt- und -nebegewerbe während des förderungsfähigen Zeitraums).
- Schaffung von zusätzlichen Lehrlingsausbildungsplätzen in der Steiermark beim Förderungswerber
- Schaffung von zusätzlichen Dauerarbeitsplätzen inkl. Behindertenarbeitsplätzen in der Steiermark beim Förderungswerber

Förderungsnehmer

Alle kommunalsteuerpflichtigen privaten Betriebe mit Sitz in der Steiermark für gewerbliche bzw. touristische Projekte. Gemeinden bzw. Gemeindegesellschaften (ausgegliederte Gesellschaften im Einfluss- und Wirkungsbereich der öffentlichen Hand) nur für bauliche Maßnahmen an Kinder- und Jugendbetreuungseinrichtungen.

Unternehmen und Projekte im Umfeld von Sex und Pornographie sowie Spielen im Zusammenhang mit Gewalt, Sex und Pornographie sind aus ethisch/moralischen Gründen generell als Förderungsnehmer ausgenommen.

Vereine werden auch 2017 nicht gefördert.

Förderungsgegenstand

Gefördert werden Baumaßnahmen an Gebäuden (Bau- und Baunebegewerbe) in der Steiermark, welche im Zeitraum vom 07.11.2016 bis 31.05.2017 **durchgeführt und abgeschlossen** werden.

Für diese Bauvorhaben dürfen außer den Förderungsmitteln der Winterbauoffensive 2017 **KEINE ÖFFENTLICHEN FÖRDERUNGSMITTEL SOWIE BEDARFSZUWEISUNGEN** beansprucht werden.

Hierbei erhalten nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Förderungsmittel jene Vorhaben eine Förderung, die den nachstehenden Bewertungskriterien am besten entsprechen.

Es können Planungskosten mit zusätzlich pauschal 12 % der förderungsrelevanten Nettoherstellungskosten als Basis der Berechnung der Höhe der Förderung berücksichtigt werden, wenn befugte, vom Förderungsnehmer und von den ausführenden Firmen unabhängige Planer mit Firmensitz in der Steiermark nachweislich beauftragt sind.

Die Gesamthöhe der für die Winterbauoffensive 2017 zur Verfügung gestellten Förderungsmittel wird von der Stmk. Landesregierung beschlossen.

Bewertungskriterien

Im Folgenden sind jene Kriterien angeführt, die für die Reihung der zur Förderung eingereichten Projekte herangezogen werden:

- **Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit in der Steiermark (Arbeitsplatzwirksamkeit des Projektes im Bauhaupt- und -nebgewerbe während des förderungsfähigen Zeitraums).**
- **Schaffung von zusätzlichen Lehrlingsausbildungsplätzen beim Förderungswerber**
- **Schaffung von zusätzlichen Dauerarbeitsplätzen bzw. Behindertenarbeitsplätzen beim Förderungswerber**
- **Innovationsgrad, Nachhaltigkeit des Projektes**
- **Umweltauswirkungen, energetische Maßnahmen, Energieausweis**
- **Größe des Projektes**

Förderungsbedingungen

Das Nettoinvestitionsvolumen der geplanten Maßnahmen im Bereich der Baugewerke muss mindestens **€ 50.000,00** betragen.

Gefördert werden jene Baumaßnahmen, die im Zeitraum vom 07.11.2016 bis 31.05.2017 ausgeführt und abgeschlossen werden, mit dem einheitlichen Maximalförderungssatz von **20 % der förderungsrelevanten Nettoherstellungskosten in diesem Zeitraum**, höchstens jedoch € 50.000,00 je Projekt.

Für die Maßnahmen sind jeweils Planer, ausführende Unternehmer mit Eigenpersonal (dies gilt auch für Subbeauftragungen) und örtliche Bauaufsichten, jeweils mit Sitz in der Steiermark und mit der **jeweils notwendigen Befugnis** heranzuziehen, wobei die örtliche Bauaufsicht durch vom Förderungsnehmer und den ausführenden Firmen unabhängige Personen bzw. Unternehmen durchzuführen ist.

Die Gesamtfinanzierung ist durch Vorlage der entsprechenden Unterlagen dem Projektmanager (im Folgenden PM genannt) nachzuweisen.

Dem Antrag ist ein rechtskräftiger Baubescheid für das zur Förderung eingereichte Bauvorhaben beizufügen, sofern dieses baurechtlich bewilligungspflichtig ist. Die Vorlage des rechtskräftigen Baubescheides bis zum Ende der Einreichfrist ist zwingend, ansonsten das eingereichte Projekt nicht weiter behandelt wird.

Nicht gefördert werden unter anderem Eigenleistungen, reine Materialeinkäufe, reine Werkstatt- bzw. Produktionsleistungen ohne Bauleistungen vor Ort, reine Planungskosten ohne Bauwirksamkeit, Verfahrens- und Behördenkosten, Betriebsmittel.

Der Baubeginn darf frühestens am 07.11.2016 erfolgen, bereits davor begonnene Bauvorhaben werden nicht gefördert.

Der **Baubeginn** muss **spätestens bis 06.02.2017** erfolgen, ansonsten verfällt der Anspruch auf die gesamte Förderung.

Die vom Förderungsnehmer in seinen Antragsunterlagen zugesicherte Schaffung von Lehrlingsausbildungsplätzen sowie zusätzlicher Arbeitsplätze bzw. Behindertenarbeitsplätze im eigenen Betrieb ist vom Förderungsnehmer bis spätestens 30.09.2017 mittels geeigneter überprüfbarer Unterlagen (Beitragsnachweis der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse) nachzuweisen, wobei als Vergleichszeitpunkt der 30.09.2016 gewählt wird. (Es werden somit für die Beurteilung der Zusätzlichkeit der angeführten Lehrlingsarbeitsplätze sowie Arbeitsplätze bzw. Behindertenarbeitsplätze die Beschäftigten- und Lehrlingszahlen per Stichtag 30.09.2017 mit dem Stichtag 30.09.2016 verglichen). Leiharbeiter werden nicht berücksichtigt.

Bei Nichteinhaltung dieser Auflage verfällt der gesamte Förderungsanspruch.

Bei Nichteinhaltung des Fertigstellungstermins bis zum Ende des förderungsfähigen Zeitraumes (31.05.2017) verfällt der gesamte Anspruch auf Förderung aus der Winterbauoffensive 2017.

Bei Vorliegen des Verdachtes illegaler Beschäftigung bzw. Gewerbeausübung am Bau oder von Lohn- und Sozialdumping (laut Gew0 bzw. LSDB-G) wird die Auszahlung der Förderung bis zur Klärung ausgesetzt. Nach Vorliegen eines diesbezüglichen rechtskräftigen Strafbescheides durch die zuständigen Behörden (Bezirksverwaltungsbehörde bzw. Magistrat Graz) verfällt der gesamte Anspruch auf Förderung aus der Winterbauoffensive 2017.

Termine

- Einreichfrist der Förderungsvorhaben: 19.09.2016 bis 28.10.2016.
- Erstellen eines Ranglistenvorschlages aufgrund der Bewertungskriterien durch den PM bis spätestens 25.11.2016.
- Vergabevorschlag für die Förderungsmittel an die Landesregierung seitens des (KonjunkturForums Bau (im Folgenden KFB genannt) bis spätestens zur Regierungssitzung am 15.12.2016.
- Förderungszusagen unmittelbar nach dem vorhin zitierten Regierungssitzungsbeschluss.

Förderungsabwicklung

Politisch Verantwortlicher: LR Dr. Christian Buchmann

Zuständigkeit: Abteilung 12 – Wirtschaft, Tourismus und Sport

Die Umsetzung der Winterbauoffensive 2017 wird mit dem jeweiligen Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung dem KFB im Rahmen der Kammer der ZiviltechnikerInnen für Steiermark und Kärnten übertragen.

Die Kammer der ZiviltechnikerInnen für Steiermark und Kärnten beauftragt einen PM, welcher die Projekte **nach den Bewertungskriterien dieser Richtlinien** zur Beurteilung im KFB vorreicht, das dann die **endgültige Reihung zur Vorlage an die Landesregierung** durchführt. Das KFB ist sozialpartnerschaftlich besetzt und kann entsprechend der vorliegenden Geschäftsordnung in der bestehenden Form die Beurteilung der Winterbauoffensive 2017 vornehmen.

Sonstige Festlegungen

Das Ausmaß des Förderungsbetrages wird mit höchstens € 50.000,- je Förderungsfall begrenzt.

Die Endabrechnungsunterlagen (dies sind u.a.: Schlusszählungsantrag, Abschlussbericht, Rechnungsliste, Original-Rechnungen, Zahlungsbestätigungen, Bautagesberichte) sind bis spätestens 15.10.2017 dem Projektmanager vorzulegen.

Die Auszahlung der Förderungsmittel erfolgt erst nach Prüfung der Endabrechnungsunterlagen, frühestens ab Dezember 2017/Jänner 2018 durch die zuständige Abteilung.

Die Abgrenzung der Kosten der förderungsfähigen Baumaßnahmen liegt im Verantwortungsbereich der örtlichen Bauaufsicht. Das Führen der hierzu notwendigen Aufzeichnungen ist den ausführenden Firmen aufzutragen.

Die Förderung wird im rechtlichen Rahmen der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Europäischen Kommission vom 18.12.2013 über die Anwendung der Art. 107 und 108 EU-Vertrag auf „De-minimis“-Förderungen, ABl. der EU L 352/1 vom 24.12.2013 („De-minimis“-Verordnung) abgewickelt. Die Schwelle für die unter die De-minimis-Regel fallenden Beihilfen beträgt im Allgemeinen € 200.000,- (Barzuschussäquivalent) bezogen auf einen beliebigen Zeitraum von drei Steuerjahren. Dieser dreijährige Bezugszeitraum ist fließend, d.h. bei jeder Neubewilligung einer De-minimis-Beihilfe ist die Gesamtsumme der im laufenden Steuerjahr sowie in den vorangegangenen zwei Steuerjahren gewährten De-minimis-Beihilfen festzustellen.

Somit darf ein Förderungswerber innerhalb von 3 Jahren insgesamt nur höchstens € 200.000,- an Förderungsgeldern, die als De-minimis-Beihilfe deklariert sind, erhalten. Die Förderungsobergrenze für die Winterbauoffensive 2017 von € 50.000,- lässt daher noch einen Spielraum von € 150.000,- bei anderen Projekten des Förderungsnehmers unter demselben rechtlichen Rahmen zu. Der Förderungsempfänger hat sich dabei zu verpflichten, sämtliche „De-minimis“-Förderungen, die während der letzten 3 Jahre (Steuerjahre) genehmigt oder ausbezahlt wurden, sowie alle zum Zeitpunkt der Antragstellung bei anderen Förderungsstellen beantragten Förderungen vollständig bekannt zu geben. Diese Daten werden benötigt, um die Einhaltung der Förderungsobergrenzen im Rahmen der „De-minimis“-Verordnung überprüfen zu können.

Verbundene Unternehmen im Sinne der Kriterien der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission und des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der Kommission sind als „ein einziges Unternehmen“ zu bewerten.

Verbundene Unternehmen im Sinne der Kriterien der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission und des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der Kommission sind als „ein einziges Unternehmen“ zu bewerten.

Rechtsgrundlagen

Ein Rechtsanspruch auf die Förderung besteht nicht.

Die Förderung wird im rechtlichen Rahmen der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Europäischen Kommission vom 18.12.2013 über die Anwendung der Art. 107 und 108 EU-Vertrag auf „De-minimis“-Förderungen, ABl. der EU L 352/1 vom 24.12.2013 („De-minimis“-Verordnung) abgewickelt.

Im Falle von Verstößen gegen die Förderungsrichtlinien sind allfällig bereits erstattete Förderungsbeträge vom Förderungsnehmer unter Berücksichtigung einer Verzinsung mit einem Zinssatz von 5 % p.a. über dem von der Österr. Nationalbank verlautbarten Basiszinssatz an das Land Steiermark rückzuerstatten. In begründeten Ausnahmefällen kann – nach Beschluss durch die Landesregierung – ganz oder teilweise von einer Verzinsung Abstand genommen werden.